geht zur Verfügung zu stellen sich entschlossen haben. Mir wurde berichtet, daß auf verschiedenen großen Gütern Kurlands ein Morgen Oedland fruchtbaren Bodens für 50 Mark abgegeben werden solle; das ist ein Preis, den auch Wenigbemittelte erschwingen können, zumal wenn Rentengutskassen sie dabei unterstützen. Besitzt einmal ein Arbeiter selbst etwas Land, so denkt er nicht mehr an Landflucht; hier ist also der Punkt, bei dem eingesetzt werden muß. Die Vorzüge des Landlebens vor dem Stadtleben in gesundheitlicher Beziehung sind durch geeignete Aufklärung den Leuten vor Augen zu stellen. Darüber aber, daß wir ohne eine großzügige Landarbeiterpolitik nach dem Kriege den Wettbewerb mit Osteuropa nicht werden aufrechterhalten können, besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit.

Der neue Zweibund

Der amtliche Bericht über die Monarchenbegegnung im Großen Hauptquartier sprach von dem bestehenden Bundesverhältnis, das ausgebaut und vertieft werden soll. Damit ist nicht nur das tatsächliche Kriegsbündnis gemeint, sondern, rein staatsrechtlich gesprochen, auch der alte Vertrag, soweit er noch besteht. Wie weit er noch besteht, darüber sind die diplomatischen Fachleute nicht so einig, wie man eigentlich annehmen sollte. Welcher Vertrag besteht noch? Der Zweibund in jener ersten Form, ehe Italien hinzutrat? Oder der Dreibundvertrag unter Wegfall der italienischen Ergänzungen?

Der Zweibundvertrag wurde am 7. Oktober 1879 geschlossen. Er ist vollständig bekannt geworden. Als nämlich acht Jahre nach seinem Abschluß, Ende des Jahres 1887, Europa hart an dem Abgrunde eines Krieges angelangt war und im „Deutschen Reichsanzeiger" die gefälschten Aktenstücke publiziert wurden, vermöge deren dem Zaren die Meinung beigebracht werden sollte, daß Deutschland eine russenfeindliche Politik betreibe, schritten die zwei Verbündeten (am 3. Februar 1888) zur Veröffentlichung ihres Bündnisvertrages. Der Dreibundvertrag zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien dagegen ist ebenso wie der russisch-französische Zweibund, den England dann zum Dreibund machte, seinem genauen Inhalt nach unbekannt geblieben. Nur die unmittelbar mit der Leitung der Geschäfte betrauten Staatsmänner kannten ihn. Die letzte Erneuerung des Dreibundvertrages fand am 7. Dezember 1912 statt. Damals wurde amtlich verkündet, daß der „zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien bestehende Bündnisvertrag ohne jede Aenderung erneuert worden ist". Die Ereignisse auf dem Balkan und die kritische Lage in Europa hatten damals die drei verbündeten Regierungen bewogen, demonstrativ und schon vor der eigentlichen Zeit den Dreibund zu erneuern.

Ueber die Dauer des erneuerten Vertrages gibt es zwei Vermutungen. Die eine rechnet die Verlängerung vom Jahre 1914 auf weitere sechs Jahre, also bis 1920. Die andere rechnete mit einer nicht vollzogenen Kündigung im Jahre 1914, so daß die eigentliche Verlängerung um sechs Jahre erst von 1920 an zu datieren wäre und der Vertrag somit bis 1926 Geltungskraft haben sollte. Als Ende Mai 1915 sich Italien endgültig zum Frontbruch entschloß, sprach ein amtlicher Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ausdrücklich von der „sogenannten Kündigung des noch bis 1920 laufenden Vertrages". In Berliner Regierungskreisen scheint man also anzunehmen, daß der im verflossenen Dreibundsvertrag enthaltene Zweibundvertrag als gültige Grundlage unseres jetzigen Bündnisverhältnisses anzusehen ist und bis 1920 läuft.

Nach den neuesten Wiener Meldungen schlägt die deutsche Regierung eine Konvention auf 15 Jahre vor. Wann soll diese Frist beginnen und in welches Verhältnis tritt sie zu der Frist des bestehenden laufenden Vertrages? Hier liegen rein juristische Fragen vor, die unbedingt klar und öffentlich beantwortet werden müssen.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß schon Bismarck den Bündnisvertrag, den er zeitweise doch nur als „strategische Stellung" ansah, gern zum dauernden Bestandteil der Verfassungen beider Reiche gemacht hätte. Aber er hatte allzu große andere Schwierigkeiten zu überwinden, so den Widerstand der öffentlichen Meinung und die Beziehungen des alten Kaisers Wilhelm zum Zaren Alexander. So war der Kanzler froh, wenigstens einen diplomatischen Geheimvertrag zustande zu bringen. Heute würde es, wenngleich nicht ohne Schwierigkeiten, eher gelingen, den Vertrag in die Staatsgesetze aufzunehmen.

*

Ueber den Ausbau des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.": Ob eine Verankerung des Verhältnisses in der Verfassung erfolgen kann, steht natürlich noch nicht fest. Wie erinnerlich, hat schon Bismarck diesen Plan ursprünglich verfolgt, ihn aber später wieder fallen lassen, und das Bündnis hat doch die schwere Probe bestanden. Unrichtig ist es ferner, wenn in vereinzelten Stimmen davon gesprochen wird, daß die sogenannte austropolnische Lösung eine Grundlage der bevorstehenden Verhandlungen bilden werde. Es wäre mißverständlich, anzunehmen, daß bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier die polnische Frage im Vordergrund gestanden habe, und daß erst auf Grund einer Verständigung über Polen der Entschluß gereift sei, nun auch den gesamten Bündnischarakter umzuformen. Diese Auffassung würde einer einzelnen Frage des gesamten Interessenkomplexes eine zu große Rolle zuschreiben. In Wirklichkeit bestand zunächst der einheitliche fest Wille, das Bündnisverhältnis neu aufzubauen und dabei natürlich noch die sekundären Fragen zu lösen, zu denen die polnische gehört. Wenn davon gesprochen wird, daß das Bündnis in gleich fester Weise auf Bulgarien und die Türkei ausgedehnt werden soll, so besteht wohl sicherlich bei allen Beteiligten der lebhafte Wunsch eines festeren Zusammenschlusses. Es ist zu hoffen, daß dieses sich aus dem neuen Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ergibt. Die Verhandlungen, die unter Teilnahme von Vertretern Deutschlands zurzeit in Batum zwischen der Türkei und Georgien stattfinden, betreffen die dort entstandenen großen Fragen und die Lage des Kaukasus, dessen Stellung zurzeit bekanntlich durch die Loslösung von Rußland in der Schwebe ist.

Wien, 15. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In Abgeordnetenkreisen verlautet, daß in der Polenfrage im deutschen Großen Hauptquartier wichtige Entscheidungen vereinbart worden. Danach soll Polen mit Oesterreich durch eine Personalunion verbunden werden, jedoch ohne Galizien, welches ungeteilt in seinem bisherigen Verhältnis als Kronland im Rahmen der Monarchie verbleibt.

*

Graf Hertling und Staatssekretär von Kühlmann sind gestern nach Berlin zurückgekehrt.

Die Wirkung der Kaiserzusammenkunft in Frankreich und England

Genf, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Presse äußert sich mit einem geradezu an Bestürzung grenzenden Unbehagen über das Ergebnis der Kaiserzusammenkunft im deutschen Hauptquartier. Namentlich scheint der Satz der offiziellen Mitteilung, der die Erweiterung und Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses bestätigt, in Paris besonders zu beunruhigen. „Echo de Paris" gibt zu, daß man in Frankreich geneigt ist, den Schluß zu ziehen, daß das schroffe Vorgehen Clemenceaus gegen Czernin Oesterreich erst recht in die Arme Deutschlands getrieben habe. „Journal des Débats" schreibt, Deutschland und Oesterreich seien mit Haut und Knochen zusammengewachsen. Ihre Trennung könne durch Gewalt bewerkstelligt werden, das heißt durch die Bundesgenossen der Entente, und wenn diese Trennung gelingen solle, durch die Mitarbeit der österreichischen Völker, die sie selbst wünschen. „Petit Parisien" setzt seine Hoffnung auf die Opposition im österreichischen Parlament. Der sozialdemokratische Abgeordnete Albert Thomas sagt in der „Heure", daß die militärische und wirtschaftliche Vormacht Deutschlands in Europa sich im deutlichsten Ausschreiten befinde, während Frankreich immer noch durch die furchtbare Sorge um die Westfront beherrscht sei. Bis gestern wäre es vielleicht noch angängig gewesen, durch die Formel „Austria delenda" die Oesterreicher zurückzustoßen, aber von heute an gebe es nur noch eine Politik, die Aufreizung aller Nationalitäten in Oesterreich und im Orient gegen die deutschen Unterdrücker. Der „Figaro" sagt, daß Oesterreich eine bloße deutsche Kolonie wird.

London, 15. Mai. (Reuter.) „Westminster Gazette" schreibt: Mit Bezug auf die künftigen wirtschaftlichen Probleme ist es ratsam, unsere gestrige Warnung zu wiederholen, daß die Kundgebungen Kaiser Karls und des Grafen Burian nicht nach ihrem äußeren Schein gewertet werden dürfen. Besonders im Hinblick auf die Zusammenkunft der beiden Kaiser sowie auf die Auslegung, welche die deutsche und die österreichische Presse dieser Zusammenkunft geben, ist diese Einschätzung erforderlich. Wenn der Zweck der Zusammenkunft richtig gedeutet wird, so stehen wir vor der Verwirklichung Mitteleuropas. Es scheint, daß die deutsche Regierung die politischen und wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Ländern enger zieht, vielleicht im Gedanken an eine Verschmelzung aller deutschen Völker. Wenn dies zur Ausführung käme, würde die Pariser Resolution vermutlich in Wirksamkeit treten. Sie umfaßt die Verteidigungsmaßregeln der Alliierten gegen die Mitteleuropa-Politik. Sie müsse dann als Angriffswaffe verwendet werden. Inzwischen müssen die Verhandlungen im kaiserlichen Hauptquartier mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, da sie über den Friedenswunsch des Kaisers Karl und seines Ministers viel Aufklärung geben können."

Antrag Prinz Schönaich-Carolath. Abgeordneter Prinz zu Schönaich-Carolath stellte am Montag im Reichstag zum Etat des Reichsschatzamtes den Antrag, „den Reichskanzler zu ersuchen, in Anbetracht der gewaltigen, außerordentlichen hohen Lebensmittelpreise den Kriegsteilnehmern des Feldzuges 1870/71 und der vorausgegangenen Feldzüge, welche einen jährlichen Ehrensold von 150 M empfangen, baldtunlichst eine einmalige außerordentliche Zuwendung aus Reichsmitteln zu gewähren, damit den in hohem Lebensalter stehenden Vaterlandsverteidigern bitterste Not ferngehalten werde". — Prinz zu Schönaich-Carolath führte dazu aus: Im Volke müsse die Ueberzeugung gestärkt werden, daß das Vaterland seine alten Helden nicht vergesse. Der Antrag, der von allen Parteien unterstützt war, fand im Reichstag lebhaftesten Beifall und einmütige Zustimmung.

Sorgen um die sächsische Selbstverwaltung

Der Verband der Bezirksverbände

Man schreibt uns:

Soeben haben sich die sächsischen Gemeinden anläßlich des von der Staatsregierung den Ständen vorgelegten Entwurfes zu einem Gesetz über die Wohlfahrtspflege im Interesse der Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung dagegen verwahrt, daß die Wohlfahrtspflege ausschließlich zu einer Aufgabe der Bezirksverbände erklärt werden sollte, da sehen sie sich bereits wieder zu einem Einspruch genötigt. Diesmal geht der bedrohliche Plan von den Leitern der Bezirksverbände selbst aus. Es handelt sich um den kürzlich gegründeten „Verband der Bezirksverbände". Dieser ist auf Anregung der Amtshauptleute ins Leben gerufen worden und bezweckt einen Zusammenschluß der 28 amtshauptmannschaftlichen Bezirksverbände des Landes zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen der Verbände. Zu diesem Zwecke soll der Verband auch bei staatlichen Stellen und den gesetzgebenden Körperschaften Anregungen geben und Anträge stellen. Als Vertreter jedes Bezirksverbandes gehört dem Verbande der Amtshauptmann an. An Beiträgen können 0,50 bis 3 Mark für jedes angefangene Tausend der Einwohnerzahl eines Bezirkes erhoben werden.

Es mag dahingestellt bleiben, ob das Bezirksverbandsgesetz in seiner jetzigen Fassung, das die einzelnen Aufgaben des Bezirksverbandes festlegt, überhaupt Raum dazu bietet, daß seine Mittel auch für einen solchen Verband in Anspruch genommen werden. Wesentlich ist vor allem, daß die sächsischen Verhältnisse, da in den meisten Bezirksverbänden entwickelte Städte sowie Industrielandgemeinden mit ländlichen Gemeinden vereinigt sind, nur selten einheitliche Aufgaben eines Bezirksverbandes zeitigen. Die Gemeinden fürchten deshalb, zumal sie ohnehin mitunter über eine ohne Rücksicht geübte Majorisierung in der Bezirksverwaltung zu klagen haben, ernstlich, daß als „Aufgabe des Bezirksverbandes", deren gemeinsamer Förderung der kürzlich begründete Verband dienen soll, jeweils hauptsächlich das angesehen wird, was nur derjenigen Gemeindegruppe naheliegt und dient, die zufällig in dem betreffenden Bezirksverbande die Majorität hat, was dagegen möglicherweise für eine starke Gruppe von Minderheitsgemeinden ohne Interesse ist.

Wenn man ferner an die gerade in diesen Tagen in der Ersten Ständekammer vom Oberbürgermeister Blüher berührte Abhängigkeit des Amtshauptmannes von der Regierung und die Beherrschung der Bezirksverwaltung durch den Amtshauptmann denkt, so liegt die Vermutung sehr nahe, daß der neugegründete Verband der Bezirksverbände dazu dienen soll, für Verwaltungswünsche der Amtshauptleute oder für Ziele, die ihnen von der Regierung nahegelegt werden, eine breitere Grundlage zu schaffen, um sie auf diesem Wege in den „Selbstverwaltungskörper" des Bezirksverbandes einzuführen. Denn nur so läßt sich die sonst unbegreiflich verfehlt erscheinende Bestimmung der Satzung des neuen Verbandes erklären, daß in ihm jeder Bezirksverband nur durch den Amtshauptmann vertreten, also keine Möglichkeit gegeben sein soll, daß noch andere Mitglieder der Bezirksverwaltung bei dem Verbande zu Worte kommen können. Solange letzteres nicht geschieht, ist die Vereinigung weniger als „Verband der Bezirksverbände", denn als „Verein der Amtshauptleute" anzusprechen.

Im Hinblick auf die in der Kriegszeit hundertfach mit dem Zuständigkeitseifer des „Kommunalverbandes" gemachten Erfahrungen deuten deshalb die Gemeinden auch die Begründung des neuen „Verbandes der Bezirksverbände" als Zeichen der Zeit dahin, daß die schaffensfreudige Initiative der Einzelgemeinde zurückgedrängt werden soll durch die zentralistischen Bestrebungen des Bezirksverbandes mit seiner immer erkennbarer werdenden Vielgeschäftigkeit, daß also die Selbstverwaltung sich bescheiden soll mit einer, wie die Dinge liegen, nur dem Namen nach als solche erscheinenden Bezirksverwaltung.

Hoffentlich findet sich das Kgl. Ministerium des Innern noch in der Lage, der geplanten Vereinigung der Bezirksverbände in ihrem Aufbau eine Form zu geben, die die angeführten Bedenken zerstreut, damit nicht von neuem Konfliktstoff in das Verhältnis zwischen Gemeinde und Bezirksverband hineingetragen wird.

Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei beider Mecklenburg trat in Güstrow zu einer Sitzung zusammen. Einstimmig ging die Meinung dahin, daß unbeschadet der durch den Regierungswechsel in Mecklenburg-Strelitz eingetretenen neuen Verhältnisse die Verfassungsfrage mehr denn je einer Lösung bedarf und die nationalliberalen Forderungen hierzu künftig noch mehr betont werden müssen. Sämtliche Landesausschußmitglieder verwarfen eine etwa geplante Einführung berufsständischer Wahlen, die nur um so schärfere Verfassungskämpfe hervorrufen würden.

Der mißbrauchte Nietzsche

Uns wird geschrieben:

Nietzsche wird bekanntlich von Alldeutschen gern als Erzieher zum Machtwillen gefeiert und zu Hilfe gerufen. Es geht ihm damit wie Treitschke: Beide haben sich zwar gegen das „teutonische" Wesen mit bitterem Spott gewendet, aber trotzdem werden ihre Gedanken in das Prokrustesbett alldeutscher Einseitigkeit gepreßt. Damit werden erstens die unselbständigen Köpfe im Volke verwirrt und durch den Einfluß jener großen Namen irregeleitet, und zweitens wird unseren Feinden eine Handhabe geboten, ihren Völkern zu „beweisen", daß das Alldeutschtum im klassischen Deutschtum wurzele, daß Deutschlands eigentliche Seele machtgierig, gewalttätig sei. In Amerika hängt man Nietzsche und Treitschke mit dem Alldeutschen Bernhardi zusammen als germanische Hauptkriegsgötzen in die Schaufenster („Alldeutsche Blätter" 1917, S. 191); das kommt davon, daß Bernhardi in seinem Buche vom Jahre 1911 „Deutschland und der nächste Krieg" bei jeder Gelegenheit Treitschke — den er völlig falsch auslegte — als seinen Lehrmeister hinstellte und aus Nietzsche das Motto seines Buches nahm.

Um die politische Mißbrauchung Nietzsches nun erst recht systematisch zu betreiben, hat sich in Berlin eine „Neue Nietzsche-Gesellschaft" gegründet, die der „Deutschen Tageszeitung" (Nr. 222) zufolge „ihre Kriegsarbeit darauf eingestellt hat, sich für einen Frieden im Sinn von Nietzsches „Wille zur Macht" einzusetzen". Dabei hat Nietzsche einst, als sein „Jenseits von Gut und Böse" erschienen war, mit Hohn und Leidenschaft gegen eine politische Auslegung Protest erhoben: „Sollte man es glauben, daß die „Nationalzeitung", eine preußische Zeitung, für meine ausländischen Leser bemerkt — ich selbst lese, mit Verlaub, nur das „Journal des Débats" — allen Ernstes das Buch als ein „Zeichen der Zeit" zu verstehen wußte, als die echte Junkerphilosophie, zu der es der „Kreuzzeitung" nur an Mut gebreche?" ... Ein Prophet des Alldeutschtums, der nur das „Journal des Débats" liest, das wirkt komisch, die Alldeutschen haben offenbar die Seiten bei ihm noch nicht gefunden, auf denen steht: „Es gehört zu meinem Ehrgeiz, als Verächter der Deutschen par excellence zu gelten." „Ich hasse diese Rasse nicht aus." (Ecce homo.) „So wie ich bin, in meinen tiefsten Instinkten allem, was deutsch ist, fremd . ." („Testament.") Man sieht, wenn Nietzsche groß war, so war er es nicht gerade als Alldeutscher. Im Jahre 1888 schrieb er an Overbeck: „. . Ich selber arbeite an einem Promemoria für die europäischen Höfe zum Zwecke einer antideutschen Liga. Ich will das „Reich" in ein eisernes Hemd einschnüren und zu einem Verzweiflungskrieg provozieren." Solcher Stellen gibt es noch manche. Darf deutsche „Kriegsarbeit" den Namen dieses Mannes auf ihre Fahne schreiben? Was aber diese unerhörten Ausbrüche in ihm hervorrief, das waren u. a. ähnliche Erscheinungen, wie sie in alldeutschen Verzerrungen deutschen Wesens hervorgetreten sind.

Leipzig, 16. Mai.

Neues Theater. Wiederum fand die Oper „Aebels" starken Anklang. Und Jos. Gust. Mraczek leitete die Aufführung seines Werkes selbst, mit Umsicht und Temperament, mit innerer Freudigkeit und mit jener Erhebung eines, der sich von seinen künstlerischen Helfern liebevoll verstanden weiß und eifrig unterstützt fühlt. An einzelnen Stellen schlugen die klingenden Tonwogen wohl gar zu hoch empor, gewann das Orchester den Singstimmen gegenüber die Oberhand; anderenteils wieder, wie z. B. an langsamen Stellen, blühte wundervolle Tonschönheit auf. Ohne Frage steht der Hörer einem ganz außerordentlich talentvollen Musiker gegenüber, und mehr als dem — einem Tondichter. Ich glaube nicht, daß Mraczek zu denen gehört, die ein schrankenloser Individualismus in blaue Fernen zu schweifen verlockt, wohl aber bin ich überzeugt, daß er willens ist, unbeirrt von der Außenwelt und ihren mannigfaltigen Strömungen das ihm vorschwebende Ideal weiter zu verfolgen. Und ich finde, daß die Musik, die sein Wesen und Wirken kennzeichnet, wesentlich ist und dazu beitragen wird, einer von höherem Sinn beseelten Kunstgemeinde neue Schönheitswerte darzubieten. Vollends jetzt in unserer Zeit, deren Kultur ungeachtet als Größe, die Tag und Stunde zeitigt, sich, gleichsam als müsse und wolle sie ein ausgleichendes Gegengewicht suchen, merklich immer materieller gestaltet, mit erschreckendem Erfolg die Sucht nach leeren Vergnügungen des Augenblickes in der Seele breiter Bevölkerungsschichten wachruft und in den Ruf des kaiserlichen Roms: „Brot und Spiele!" ausklingt. Mraczeks Kunst hat bis zu einem gewissen Grade wahlverwandtschaftliche Beziehungen zu jener eines Hans Pfitzner. Auch in der Wahl der Stoffe erweist sich dies. Denn seine mystischem Subjektivismus zugeneigte Art stellt sich schroff dem grob materiellen Luxus unserer Tage entgegen, der eine bedauerliche Arrhythmie in Dingen des Geschmackes bereits heraufbeschworen hat und auch in kommenden Friedenszeiten sich noch auf lange hinaus häßlich empfinden lassen wird. So begrüßen wir den vortrefflichen Künstler nochmals und zugleich mit ihm auch die Kunde, die gute Runen uns rannten — daß nämlich die Intendanz Mraczeks neues musikalisches Bühnenwerk „Jkdar" zur Leipziger Uraufführung angenommen hat, die das tragische Schicksal des bildenden und schaffenden Künstlers, den Kontrast zwischen Vorhaben und Ausführung, zum Vorwurf hat. Prof. Eugen Segnitz.

— **Wechsel in der Intendanz der Geraer Hofbühne.** Aus Gera wird uns geschrieben: Oberhofmarschall Dr. jur. Freiherr v. d. Heyden-Rynsch, Exzellenz, hat, wie amtlich bekanntgegeben wird, mit höchster, auf sein Ansuchen erfolgter Genehmigung die Intendanz des Fürstlichen Hoftheaters niedergelegt; Intendanzrat Medenwaldt hat die selbständige Leitung des Hoftheaters übernommen. Die zehnjährige Tätigkeit des zurückgekehrten Intendanten wird gekennzeichnet durch die Verbindung von vornehmem Geschmack mit feinem Kunstsinn. So entwickelte sich unsere Hofbühne, die ihrem neuen Heim am 17. September 1908 mit einer glanzvollen Aufführung von Goethes „Tasso" eröffnet wurde, zu einer Pflegestätte der Schauspielkunst, zu einer Stätte heiterer und ernster Arbeit, deren Name auch auswärts einen guten Klang hat. Die Munifizenz des Fürsten, des warmherzigen Freundes und Förderers edler Kunst, ermöglichte es zudem dem Hoftheater, sein Augenmerk lediglich künstlerischen Belangen zuzuwenden, ohne durch finanzielle Rücksichten in seinem Schaffen beengt zu werden. Einen ganz besonderen Genuß boten die Wagner-Aufführungen, die zum Geburtstage des Fürsten stattfanden, Darbietungen, die kurz und treffend als „Bayreuth in Gera" zu werten waren und von denen auch die großstädtische Presse achtungsvoll Kenntnis nahm. Mit dem Ende der Spielzeit 1912/13 übernahm Freiherr v. d. Heyden-Rynsch die gesamte künstlerische Oberleitung. Im vergangenen Jahre wurden der Bühne neue Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen durch Eingliederung der Operette und durch die Uebernahme des Kurtheaters in Bad Elster durch die Intendanz auf 10 Jahre. Der jüngste Spielabschnitt stand unter dem Zeichen der Uraufführungen, unter denen sich als hochwertig anzusprechende Werke befanden. Die Hofbühne, an der die Oper durch Gastspiele erster Theater gepflegt wurde, fand ihrerseits Gelegenheit zu erfolgreichen Gastspielen in Jena. In diesem Zusammenhange sei auch der Fürstlichen Hofkapelle gedacht, die den Kreis ihrer Freunde immer mehr zu erweitern wußte. Freiherr v. d. Heyden-Rynsch sah unter seiner Oberleitung das ihm anvertraute Institut sich zu einer Kunststätte von anerkannter Bedeutung und Eigenart entwickeln. Rühmend hervorgehoben sei, daß die sozialen und wirtschaftlichen Belange seiner Künstler in ihm stets einen warmherzigen und verständnisvollen Förderer fanden. Ein ehrenvoller Platz in der Geschichte unserer Hofbühne und damit in unserem Kunstleben überhaupt ist dem Freiherr v. d. Heyden-Rynsch für alle Zeiten sicher. Carl Jahn

*

* **Münchener Kunstausstellung 1918 im Kgl. Glaspalast.** Auch in diesem Jahre wird im Kgl. Glaspalast eine Münchener Kunstausstellung stattfinden. Veranstalter sind wieder die Münchener Künstler-Genossenschaft und die Sezession; ferner wird sich das Münchener Kunstgewerbe mit einer Sonderausstellung beteiligen. Die Ausstellung wird am 1. Juli eröffnet werden und bis Ende September, je nach Umständen noch in den Oktober hinein, dauern.

Die Richtungen. Der „Lokalanzeiger" berichtet: Als Max Liebermann die neue Ausstellung der Freien Sezession besuchte, sagte er zu einem Bekannten: „Wissen Sie, die alte Richtung ist gut, wenn sie gut ist, und die neue Richtung ist gut, wenn sie alt ist."

*

Von der Universität Leipzig. Dr. phil. Fritz Neubert ist von der Philosophischen Fakultät zu Leipzig die venia legendi für romanische Philologie erteilt worden, nachdem er am Mittwoch seine Probevorlesung über „Frederi Mistral und die provenzalische Renaissance-Bewegung des 19. Jahrhunderts" gehalten hat. Seine Habilitationsschrift behandelt „Einleitung in eine kritische Ausgabe von B. de Maillets „Telliamed ou entretiens d'un philosophe indien avec un missionaire français". Nach den Handschriften und den Drucken. Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Aufklärungsliteratur. Die Universität Leipzig wird Königs-Geburtstag dieses Jahr nach den Pfingstferien, Mittwoch, den 29. Mai 1918, vormittags 11 Uhr pünktlich, durch einen Aktus in der Aula feiern, um damit den Studierenden Gelegenheit zu geben, sich recht zahlreich an der Feier zu beteiligen. Die Festrede wird der Prorektor Geh. Hofrat Prof. Dr. Stieda halten. Die Vorlesungen fallen an diesem Tage aus.